



DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB

Mitglied des Finanzausschusses
Stellv. Vorsitzender Parlamentskreis Mittelstand (PKM)

CDU

| Berlin: mittendrin |

29. Juni 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 29. Juni 2012 haben wir im Bundestag – unmittelbar nach dem Europäischen Rat in Brüssel – den **Fiskalvertrag** und den **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** als Paket verabschiedet. Unser Signal an Europa lautet: Wir sind zu europäischer Verantwortung bereit und sorgen uns um die Wirtschaft in einigen Mitgliedstaaten. Aber Solidarität ist keine Einbahnstraße – wer Finanzhilfen will, muss seine öffentlichen Haushalte konsolidieren und Struktur-reformen durchführen. Die **Bundeskanzlerin hat dazu** bereits in einer Regierungserklärung am 27. Juni 2012 **Grundsätzliches betont**:

„Die Bewältigung der europäischen Staatsschuldenkrise bestimmt seit mehr als zwei Jahren die Agenda der Europäischen Räte. (...) **Es gibt keine schnellen, und es gibt keine einfachen Lösungen. Es gibt nicht die eine Zauberformel oder den einen Befreiungsschlag, mit dem die Staatsschuldenkrise ein für alle Mal überwunden werden kann.** Nein, wenn es uns gelingen soll, die Krise dauerhaft zu überwinden, dann gibt es nur die Möglichkeit, diese Herausforderungen als einen Prozess aufeinanderfolgender Schritte und Maßnahmen zu verstehen, der das Problem im Übrigen an der Wurzel packt. (...) **Unser Wegweiser aus der Krise kann deshalb unverändert einzig die schonungslose Analyse ihrer Ursachen sein: Das ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Staaten, das sind grundlegende Fehler in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion, und das ist natürlich die massive Staatsverschuldung.** Diese Probleme sind hausgemacht, und diese hausgemachten Probleme müssen wir lösen, ohne Wenn und Aber. (...)

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns anschauen, was seit der Einführung des Euros geschehen ist: Die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten der Euro-Zone haben sich zum Teil über viele Jahre vergrößert, und die Kriterien, die wir uns mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt selbst gegeben haben, wurden immer wieder aufgeweicht. Es zeigte und zeigt sich immer wieder, dass es bislang keinerlei Möglichkeiten in der Währungsunion gibt, durch Eingriffe in nationales Handeln die Einhaltung der selbst gesetzten Maßstäbe durchzusetzen. Das genau sind die Fehler, die bei der Einführung des Euro gemacht wurden, weil die Wirtschafts- und Währungsunion nicht, wie ursprünglich geplant, mit einer politischen Union kombiniert wurde. Das hat uns inzwischen weltweit viel Vertrauen gekostet, Vertrauen von Investoren, die in europäische Staatsanleihen investieren sollten. Dieses Vertrauen muss jetzt mühsam wiedergewonnen werden, und dies geht nur, wenn wir die Versäumnisse der Vergangenheit beheben und so die Nachhaltigkeit und Funktionsfähigkeit der Währungsunion sichern. **Die Wirtschafts- und Währungsunion muss eine Stabilitätsunion werden.**“

Presse

NOZ vom 27. Juni 2012

Der FMO braucht frisches Kapital

Middelberg-Kritik
an Luftverkehrssteuer

OSNABRÜCK. Jahresüberschuss und durchweg eitel Sonnenschein? Keineswegs. Der Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) benötigt eine kräftige Eigenkapitalspritze, um sicher die Zukunft zu meistern.

Der Gewinn von 12 118 Euro sei die eine Seite, die hohen Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen), die der FMO zu schultern habe, die andere, berichtete gestern FMO-Geschäftsführer Gerd Stöwer. In den vergangenen 15 Jahren habe der Flughafen einen Betrag von mehr als 100 Millionen Euro (zum Beispiel für Terminal, Vorfeld oder Fracht- und Cateringgebäude) aus eigener Kraft finanziert. Die damit zusammenhängenden Kapitalkosten – mittlerweile fielen rund vier Millionen Euro jährlich nur an Zinsen an – nagten jedoch zunehmend an der FMO-Eigenkapitaldecke, die aktuell auf rund 31 Millionen Euro schrumpfen werde.

Und so hatte der Aufsichtsratsvorsitzende und Oberbürgermeister von Münster, Markus Leiwe, nicht nur ein großes Lob für das flexible FMO-Team parat. Vor dem Hintergrund eines immer schwieriger werdenden Marktumfeldes müssten sich die Gesellschafter (zu denen auch die Stadt und der Landkreis Osnabrück gehören) dringend mit der Eigenkapitalausstattung des FMO beschäftigen, appellierte er in der Sitzung des Aufsichtsrats.

(...)

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Mathias Middelberg sieht unterdessen auch die Luftverkehrssteuer als Belastung an. Sie sei „volkswirtschaftlich schädlich“ und müsse grundlegend überprüft werden. In einem Gespräch mit unserer Zeitung erklärte Middelberg, der fiskalische Mehrwert der Steuer tendiere gegen null. Sie wirke im Gegenteil als Wirt-

Die Bundeskanzlerin ging in ihrer Rede auch auf einen Bericht ein, den der Präsident des Rates zusammen mit dem Präsidenten der Kommission, dem Vorsitzenden der Euro-Gruppe und dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank vorbereitend für den Brüsseler EU-Gipfel erstellt hatte:

„Ich widerspreche entschieden, dass im Bericht vorrangig der Vergemeinschaftung das Wort geredet wird und erst an zweiter Stelle – und das auch noch sehr unpräzise – mehr Kontrolle und einklagbare Verpflichtungen genannt werden. Somit stehen Haftung und Kontrolle in diesem Bericht in einem klaren Missverhältnis. (...) **Ganz abgesehen davon, dass Instrumente wie Euro-Bonds, Euro-Bills, Schuldentilgungsfonds und vieles mehr in Deutschland schon verfassungsrechtlich nicht gehen, halte ich sie auch ökonomisch für falsch und kontraproduktiv. Kontrolle und Haftung dürfen nicht in einem Missverhältnis zueinander stehen. Kontrolle und Haftung müssen Hand in Hand gehen. Gemeinsame Haftung kann erst dann stattfinden, wenn ausreichende Kontrolle gesichert ist.** Ich erinnere nur daran, dass weder Bund und Länder in Deutschland noch Staaten wie Amerika oder Kanada eine gesamtschuldnerische Haftung für ihre aufgenommenen Anleihen kennen. **Vielmehr brauchen wir, um eine Stabilitätsunion zu entwickeln, mehr Durchgriffsrechte der europäischen Ebene, wenn Haushaltsregeln verletzt werden. Dazu verabschieden wir als ersten Schritt den Fiskalpakt.**“

Recht hat die Bundeskanzlerin. Auch Deutschlands Kräfte dürfen wir nicht überschätzen. Deutschlands Kräfte sind nicht unbegrenzt. Nur wenn wir das im Blick behalten, dann können Deutschlands Kräfte für unser Land und für Europa ihre volle Wirkung entfalten.

Jugend und Parlament 2012:

Johannes Plemper aus Osnabrück nahm vom 9.-12. Juni 2012 am Planspiel "Jugend und Parlament" des Deutschen Bundestages teil. Mathias Middelberg hatte den Abiturienten des Gymnasiums "In der Wüste" nominiert.



Während der vier Tage konnte Johannes mit 311 weiteren Jugendlichen aus ganz Deutschland Politik selbst in die Hand nehmen und das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren nachstellen. Die Teilnehmer schlüpfen dabei in die Rolle von Abgeordneten und „spielten Parlament“ – an den echten Schauplätzen, also im Plenarsaal und in den Ausschuss- und Fraktionssälen des Bundestages.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Mathias Middelberg

schaftsförderung für Auslandsflughäfen. „Die Abwanderung von mindestens zwei Millionen Passagieren aus Deutschland zu Nachbarflughäfen im Ausland bedeutet – volkswirtschaftlich betrachtet – einen größeren Schaden als der vermeintliche fiskalische Gewinn von knapp einer Milliarde Euro Steuermitteln“, betonte der Osnabrücker, der Berichterstatter der Unionsfraktion für das Thema Luftverkehrssteuer ist.

Middelberg kritisierte, dass deutsche Luftverkehrsunternehmen und Flughäfen an Umsatz verlor, während sie in den Nachbarländern Profit machten. „Besonders die grenznahen regionalen Flughäfen leiden unter der Abwanderung von Passagieren.“ Vielfach müssten die Kommunen die Defizite ausgleichen. Wichtige Direktverbindungen würden in der Folge gestrichen.

Nach Angaben des CDU-Politikers hat 2011 das Passagierwachstum in Deutschland 4,6 Prozent betragen, in Westeuropa (ohne Deutschland) aber 6,4 Prozent. Grenznah seien die Entwicklungsunterschiede noch deutlicher. So habe 2011 der FMO 0,1 Prozent Passagiere verloren, Amsterdam dagegen habe zehn Prozent mehr Passagiere befördert und Brüssel 9,4 Prozent. Das grenznahe Basel in der Schweiz sei sogar um 22,4 Prozent gewachsen. Karlsruhe und Friedrichshafen hätten 5,2 Prozent beziehungsweise 2,3 Prozent Passagiere verloren. „Die Luftverkehrssteuer kann eine Option sein, dies aber nur, wenn wir ihre europaweite Umsetzung erreichen.“

Bürgersprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am **Dienstag, 17. Juli 2012 von 15.00 - 17.00 Uhr**, im Wahlkreisbüro Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück statt. Interessierte sind herzlich eingeladen. Um kurze Voranmeldung im Wahlkreisbüro wird gebeten.

Kontakt

Büro in Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 227 – 71382
Fax: 030 227 – 76882
mathias.middelberg@bundestag.de

Büro im Wahlkreis

Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück
Tel.: 0541 57067
Fax: 0541 957999
mathias.middelberg@wk.bundestag.de
www.mathias-middelberg.de